



Freie Demokraten

Korschenbroich **FDP**

30. NOVEMBER 2023

FDP-RATSFRAKTION KORSCHENBROICH

REDE ZUM HAUSHALT 2024

Thomas Betz - Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,

meine Damen und Herren,

"Die Realität ist das, was uns bleibt, wenn unsere Illusionen verschwinden."

Diese Worte drücken treffend aus, dass es an der Zeit ist, die Illusionen beiseite zu legen und uns der harten Realität zu stellen.

Wie bereits der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede betonte, haben wir es weiterhin mit zahlreichen Krisen und Problemen zu tun. Doch anstatt die schlechten Nachrichten zuerst zu überbringen und als Überbringer erschlagen zu werden, stehe ich heute hier als weiterer Bote, der die geopolitischen Rahmenbedingungen und die dadurch letztendlich entstehenden kommunalen -auch im Hinblick auf die Haushaltssituation- neuen schmerzlichen Realitäten bewerten muss. Aber es gibt neben den negativen Botschaften auch Grund für teilweise verhaltenen Optimismus - dies wird aber der weitaus kürzere Teil meiner Rede.

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

zuerst zum unangenehmen Teil.

Das aktuelle Haushaltsdefizit beträgt ca. 7 Millionen Euro. In den letzten Jahren konnten wir krisenbedingte Ausfälle und Mehraufwendungen noch mit einem „Bilanzierungstrick“ isolieren, diese Möglichkeit des „Etikettenschwindel“, bei dem kurzfristige finanzielle Ausfälle in langfristige Schulden umgewandelt wurden besteht nun nicht mehr. Im nächsten Jahr können wir dieses Minus noch aus der Ausgleichsrücklage - unserem „Sparbuch“ ausgleichen und somit ein Abrutschen in die Haushaltssicherung vermeiden.

Spätestens im übernächsten Jahr werden wir - bei gleichbleibend hohen Belastungen- jedoch auf die allgemeine Rücklage - also letztendlich auf städtisches „Eigenkapital“ zugreifen müssen mit entsprechenden haushaltsrechtlichen Konsequenzen.

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

Aber woher kommen diese erheblichen Mehrkosten, die uns aktuell belasten?

Lassen sie mich kurz die für mich wichtigsten beleuchten:

Wir haben einen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst von 10,5% zu finanzieren, was zu einer erheblichen Kostensteigerungen in den nächsten Jahren führt. Jeder der in der freien Wirtschaft beschäftigt ist, kann hier beim reinen lesen der Zahl dem Ergebnis sicherlich nur sehr bedingt Verständnis entgegenbringen und würde hier gerne den Rotstift beim Personal ansetzen. Jedoch muss man an dieser Stelle bei differenzierter Betrachtung feststellen, dass Stellen in den öffentlichen Verwaltungen oftmals nicht besetzt werden können, da die Attraktivität und die Rahmenbedingungen nach wie vor in großen Teilen nicht mit Angeboten aus der freien Wirtschaft konkurrieren können und das Gehaltsniveau trotz dieser drastischen Erhöhung immer noch größtenteils unter dem Durchschnitt von vergleichbaren Positionen auf dem freien Markt liegt. Zudem ist der nach wie vor mangelhafte Digitalisierungsgrad in den Verwaltungen und die damit vorherrschende manuelle Verfahrenslandschaft für potentielle Bewerber aus der freien Wirtschaft sicherlich ein weiteres valides Ausschlusskriterium. Der Großspurig und Vollmundig seit mehreren Jahren durch die Bundesregierungen angekündigte Digitalpakt versandet irgendwo im Geflecht des bundesdeutschen Zuständigkeitsföderalismus. Somit bleiben weiterhin wichtige Aufgaben liegen bzw. müssen immer mehr Aufgaben auf wenige Schultern umverteilt werden- mit entsprechenden Überlastungen und Verzögerungen- die am Ende die Kommunen auch wieder mehr Geld kosten.

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

Auch beim Thema Flüchtlings- und Migrationskosten müssen wir uns vor Ort den harten Realitäten stellen. Aktuell sind mehr als 800 Flüchtlinge in städtischen Unterkünften oder

in durch die Stadt angemieteten Wohnungen untergebracht. Alleine mit Stand November wurden uns im laufenden Jahr bereits mehr als 250 Personen aus 21 Nationen zugewiesen. Viele auch aus sicheren Herkunftsländern. Bei diesen Ländern handelt es sich laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um - ich zitiere-: „Länder, von denen aufgrund des demokratischen Systems und der allgemeinen politischen Lage davon ausgegangen werden kann, dass dort generell keine staatliche Verfolgung zu befürchten ist und dass der jeweilige Staat grundsätzlich vor nichtstaatlicher Verfolgung schützen kann.“ Auch wenn Antragstellende aus einem sicheren Herkunftsland stammen, unterscheidet sich die persönliche Anhörung nicht von Anhörungen bei anderen Herkunftsländern. Dies bedeutet, dass auch hier langwierige Asylverfahren mit entsprechenden Kosten für die Kommunen entstehen.

„Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich“ hat es unser Ex-Bundespräsident Joachim Gauck einmal sehr zutreffend formuliert.

Dass unsere Möglichkeiten hier vor Ort schon seit geraumer Zeit begrenzt und ausgeschöpft sind möchte ich nachfolgend anhand einiger exemplarischen Positionen im Haushalt 2024 für Kosten im Rahmen der Leistungen für Asylbewerber sowie Kosten für Unterbringung, Betreuung und Bau von Unterkünften verdeutlichen:

- ca. 3.0 Mio.€ an Asylbewerberleistungen (Ein plus von ca. 30% gegenüber 2023)
- Neubau Flüchtlingswohnheime Schanzer Weide 2 und Schaffenbergstraße in Summe ca. 4,1 Mio.€
- Sicherheitsdienst für Flüchtlingsunterkünfte ca. 1.0 Mio.€ im Jahr
- Mietaufwendungen für die Anmietung von Unterkünften für ausländische Flüchtlinge ca. 850T€und, und, und.

Sicherlich wird der eine oder andere Zuhörer jetzt entgegenen, dass die Kommune hier auch entsprechende Kompensationsleistungen und finanzielle Ausstattung von Bund und Land erhält - ja -, aber diese reichen ja nicht, sonst würde sich sicherlich ein anderes Gesamtbild des Haushalts sowie der aktuellen Unterbringungssituation und Kapazitätsengpässe ergeben. Eine kleiner Hoffnungsschimmer zur Entlastung könnten die in der MPK vom 06.11.23 beschlossenen Maßnahmen sein. Der Tresorraum der Bundesregierung wurde ja nunmehr nach langem hin und her geöffnet. Der Bund wird ab 2024 pro Asylstantragsteller eine jährliche Pauschale in Höhe von 7.500 Euro

zahlen. Zusätzlich wurden geringere Geldleistungen, die Einführung von Bezahlkarten, sowie beschleunigte Verfahren und Rückführungen verabredet.

Doch inwieweit diese erhöhten Pauschalen und geänderten Rahmenbedingungen hier vor Ort in welcher Höhe und mit welchem Effekt wirken, kann aktuell seriös noch nicht beantwortet werden.

Neben der reinen Zahlenebene möchte ich es aber an dieser Stelle nicht versäumen, auch auf die politische Stimmungslage und das aktuelle Meinungsbild in der Bevölkerung einzugehen. Im ARD Deutschlandtrend aus Oktober 2023 bewerteten 55% der Befragten, dass sie mit der Demokratie unzufrieden sind und jeweils 64% der Befragten gaben an, dass Zuwanderung und Migration eher Nachteile bringt und die Aufnahme von Flüchtlingen begrenzt werden soll. Diese Ergebnisse müssen und sollten uns als Kommunalpolitiker vor Ort auch Anlass zur Sorge geben. Insbesondere bestätigen die während der Bürgerversammlung zur Errichtung einer zentralen Unterbringungseinrichtung durch das Land geäußerten zahlreichen Bedenken und Sorgen aus der Bürgerschaft diesen Trend. Auf Fragen keine Antworten oder auf anderweitige Zuständigkeiten zu verweisen löst hier sicherlich keine Probleme und führt am Ende nur zu Unmut und Unverständnis bei den Bürgerinnen und Bürgern. Natürlich müssen wir alle verfügbaren Option prüfen, um die Situation für die begrenzten städtischen Kapazitäten zu verbessern, aber bitte nur im Einklang und der Akzeptanz unserer Bürgerschaft. Denn jeder der hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen ist ein gewählter Vertreter der Bürgerschaft und diesen durch Eid verpflichtet. Dies verpflichtet uns auch, politische Entscheidungsprozesse und Abhängigkeiten vor Ort zu erklären und bedenken ernst zu nehmen - vor allem bei kritischen Themen wie Zuwanderung und Migration. Denn nur so können wir auf Dauer eine Politikverdrossenheit und die Zunahme rechtspopulistischer Strömungen eingrenzen sowie den sozialen Frieden bewahren.

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

nun zum etwas optimistischeren Teil meiner Ausführungen!

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung, keine Bildung.“ Dieser Satz von John F. Kennedy bezeichnet treffend das Spannungsfeld in dem wir uns zur Zeit hier vor Ort befinden. Die Erweiterung des Gymnasiums, die Erweiterung des Kindergartens St.

Katharina und der Andreas Grundschule sind Investitionen in Bildung und Zukunft, die unseren Haushalt in den nächsten Jahren mit mehreren Millionen Euro erheblich belasten werden. Nur, was sind die Alternativen nicht zu investieren? Aktuelle Studien zeigen, dass die schulischen Leistungen der Kinder hierzulande in der vierten Klasse zwischen einem Viertel und einem halben Schuljahr hinter das Niveau von vor fünf Jahren zurückgefallen sind. Das sind drastische Rückgänge in den erlernten Fähigkeiten, die sich sowohl beim Lesen und Schreiben als auch beim Rechnen zeigen. Die letzten PISA Studien bescheinigen dem Bildungsniveau in Deutschland bestenfalls Mittelmaß mit teilweise absteigender Tendenz.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist der Rückgang in den schulischen Kompetenzen und Fähigkeiten ein Desaster - sowohl für die betroffenen Kinder als auch für unsere Volkswirtschaft insgesamt. Denn die ökonomische Forschung belegt deutlich, dass diese Kompetenzen die Basis unseres wirtschaftlichen Wohlstands sind. Deshalb zerstören die Lernverluste Lebenschancen für die Einzelnen etwa in Form von geringeren Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommen. Und sie verringern das Wirtschaftswachstum und damit das zukünftige Wohlstandsniveau unserer Gesellschaft.

Deshalb ist jeder investierte Euro in den Ausbau und die Ausstattung unserer Bildungseinrichtungen, die die Basis für ein modernes und wettbewerbsfähiges Bildungssystem bilden, sinnvoll und richtig. Das wir hier einen breiten, fraktionsübergreifenden Konsens erreichen konnten stimmt mich, obwohl die Herausforderungen sicherlich groß sein werden, verhalten Optimistisch.

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

Beim Thema Steuern würde man eigentlich erwarten, dass die FDP an dieser Stelle mahnend einschreitet und gegen Steuererhöhungen votiert - jedoch zeigt uns hier wiederum die Realität die Alternativlosigkeit dieser Entscheidung.

Bei der Vielzahl an Projekten und Herausforderungen die wir als Stadt in den nächsten Jahren zu bewältigen haben, muss die finanzielle Handlungsfreiheit durch entsprechende Einnahmen abgesichert werden. Eine unserer wichtigsten kommunalen Einnahmequellen sind nunmal die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Das wir den Gewebesteuersatz unverändert belassen und damit weiterhin für ansässige

Unternehmen und Gewerbetreibende sowie Neuansiedlungen attraktiv bleiben ist ein wichtiges Signal für unsere Außenwirkung.

Auch die dauerhaft positive Entwicklung der Gewerbesteuern über den Planansätzen bestätigt die Wirksamkeit unserer nachhaltigen wirtschaftsfreundlichen Politik.

Bei der Grundsteuer gibt es gute und schlechte Nachrichten. Dass eine Anhebung unumgänglich ist, war zu erwarten und ist notwendig. Jedoch konnten wir in einem fraktionsübergreifenden Konsens während der Haushaltsberatungen die Erhöhung des geplanten Hebesatzes von 750v.H. auf 690.H. Basispunkte begrenzen. Das wir dies auch teilweise mit höheren als im Haushaltsansatz prognostizierten Gewerbesteuereinnahmen kalkulieren, ist natürlich risikobehaftet und bleibt eine Wette in die Zukunft.

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

"Die Realität ist das, was uns bleibt, wenn unsere Illusionen verschwinden."

Die Herausforderungen sind weiterhin groß, aber mit Vernunft und einer klaren, realistischen Herangehensweise können wir die finanzielle Stabilität unserer Stadt bewahren. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, unsere Stadt gesund und handlungsfähig zu halten.

Die FDP-Ratsfraktion stimmt deshalb dem Haushaltsentwurf für 2024 zu!

Abschließend gilt mein Dank der gesamten Verwaltung, die Korschbroich gerade in Anbetracht der letzten Krisenjahre mit Realitätssinn und unter teilweise schwierigsten Rahmenparametern weiterhin auf Kurs hält und die Illusion den dafür ausgebildeten Magiern und Illusionisten überlässt!

Vielen Dank!